

OLAF GLÖCKNER

Zwischen Klassenkampf und Synagoge

Die jüdische Gemeinschaft in der DDR

Dieser Beitrag beschreibt, wie Jüdinnen und Juden in der DDR auf unterschiedlichste Weise danach strebten, ihren Platz im Arbeiter- und Bauernstaat zu finden, und dabei häufig bitter enttäuscht wurden. Besonders die kleinen jüdischen Religionsgemeinden sahen sich jahrzehntelang einer Mischung aus staatlicher Fürsorge, Misstrauen und politischer Bevormundung ausgesetzt. Überleben mussten diese Gemeinden aus eigener Kraft, denn auch für sie war die Verbindung zur westlichen Welt und nach Israel abgeschnitten. Sie entwickelten eigene Identitäten und hielten bis zum Berliner Mauerfall, der deutschen Wiedervereinigung und dem (rettenden) Zuzug russischsprachiger Jüdinnen und Juden ab 1990 beständig an ihrer Gemeinschaft fest. – *Olaf Glöckner* studierte Neuere Geschichte, Israelwissenschaften und Jüdische Studien in Berlin und Potsdam. Er promovierte über nach Israel und Deutschland emigrierte jüdische Eliten aus der früheren UdSSR im Vergleich und ist seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien/Universität Potsdam. Jüngere Publikationen u. a.: *Being Jewish in 21st Century Central Europe*, Berlin – Boston 2020 (hg. zus. m. Haim Fireberg/Marcela Menachem Zoufalá); *Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute* (hg. zus. m. Günther Jikeli), Hildesheim 2019; *Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme* (hg. zus. m. Julius H. Schoeps), Hildesheim 2016.

In einer im In- und Ausland stark beachteten, für viele überraschenden Parlamentserklärung bekundete im April 1990 die damalige DDR-Volkskammer-Präsidentin, Sabine Bergmann-Pohl (Ost-CDU):

„Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeiten der offiziellen DDR-Politik und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land.“¹

Bergmann-Pohl und die neuen Abgeordneten übernahmen – stellvertretend für das abgewählte SED-Regime – die Verantwortung für einen umstrittenen und teils auch verlogenen Umgang mit der kleinen jüdischen Gemeinschaft im Arbeiter- und Bauernstaat. Doch wer waren diese Frauen, Männer und Kinder, die nach NS-Diktatur und Holocaust „trotzdem“ ihr Leben in (Ost-)Deutschland gestalten wollten oder auch mussten? Nur wenige Nichtjuden lernten sie und ihre Netzwerke persönlich kennen. In acht Synagogengemeinden (Ostberlin, Magdeburg, Erfurt, Halle, Schwerin, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt) trafen sich manche von ihnen regelmäßig bis zum Ende der DDR – bei stetig schwindender Mitgliederzahl. Sigmund

¹ Gemeinsame Erklärung der Volkskammer vom 12. April 1990. https://www.ddr89.de/vk/vk_Erklaerung.html (18.06.2020).

Rotstein, der langjährige Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Karl-Marx-Stadt (und ab 1990 wieder Chemnitz), war Mitte der 1980er Jahre von einem Vertrauten gefragt worden, ob man die Gemeinde nicht doch schließen solle. In einer Mischung aus Trotz und Ironie hatte er geantwortet: „Vielleicht warte ich ja auf ein Wunder.“²

Dass sich mit und nach der friedlichen Revolutionen 1989 gleich mehrere Wunder ergeben würden, hatte Rotstein wohl selbst nicht geahnt. Dem Mauerfall folgte rasend schnell die deutsch-deutsche Wiedervereinigung, und ausgerechnet im Land der Dichter, Denker und Henker suchten nun in wachsender Zahl Jüdinnen und Juden aus der – noch bestehenden – Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten Asyl. Nicht alle, aber doch viele von ihnen schlossen sich den winzigen jüdischen Gemeinden in Ostdeutschland – die 1989 nur noch rund 400 registrierte Mitglieder³ zählten – spontan an und verhinderten deren demografischen Kollaps.⁴

Zwei Gruppen trafen nun aufeinander, die staatskommunistische Repression und religionsfeindliche Politik zur Genüge erfahren hatten. Aber waren die jüdischen Negativ-Erfahrungen unter Stalin, Chruschtschow, Breschnew – und teils auch noch unter Gorbatschow – vergleichbar mit denen unter Ulbricht und Honecker? Mit dem wachsenden zeitlichen Abstand zum Geschehen wird es immer schwieriger, eine befriedigende Antwort zu finden, und auch die Historiker sind sich in ihrer Einschätzung keineswegs einig.⁵

Klar ist hingegen, dass es eine homogene jüdische Gemeinschaft oder Bevölkerung in der DDR nie gegeben hat und auch nicht geben konnte. Zu unterschiedlich waren die jeweiligen Weltbilder, Lebensentwürfe und Gemeinschaftsvorstellungen. Ein kommunistischer Re-Migrant und Staatspropagandist wie Albert Norden bewegte und fühlte sich im SED-Staat anders als ein Shoah-Überlebender und Partisanenkämpfer wie Eugen Gollomb, für den synagogales Leben und jüdische Tradition auch weiterhin eminent wichtig blieben. Alle jüdischen Bürger in der DDR verband, dass sie tief im Schatten der Shoah lebten. Einige von ihnen setzten ihre Hoffnungen auf das Projekt einer sozialistischen Gesellschaft, manche hingegen auf die religiöse Gemeinschaft. Andere suchten ihren Platz in Künstler- und Intellektuellen-Kreisen, wo jüdische Themen eine wichtige Rolle spielen konnten. Wieder andere entfernten sich komplett von ihren Wurzeln und wurden als Juden in der Gesellschaft de facto unsichtbar. Das Gefühl fortbestehen-

² Zit. nach: Jürgen Nitsche/Ruth Röcher (Hg.), *Juden in Chemnitz. Die Geschichte der Gemeinde und ihrer Mitglieder*, Dresden 2002, 166.

³ Vgl. Ulrike Offenberg, „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. *Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990*, Berlin 1998, 272.

⁴ Vgl. Julius H. Schoeps/Willi Jasper/Bernhard Vogt (Hg.), *Ein neues Judentum in Deutschland. Fremd- und Eigenbilder der russisch-jüdischen Zuwanderer*, Berlin – Potsdam 1999.

⁵ Kontrovers wird hierzulande vor allem die Frage diskutiert, ob die Politik des SED-Staates nicht nur dezidiert antizionistisch/antiisraelisch, sondern auch antisemitisch war.